

Bericht der Fraktion DIE LINKE im RVR für den Landesrat am 08.09.2019 – Januar 2019 bis August 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit unserem letzten Bericht auf dem Landesrat im Januar hat unsere Fraktion an den bereits bekannten Themen weitergearbeitet.

„Klimaoffensive.Ruhr“ – Auf Antrag der LINKEN müssen nun alle Entscheidungen des RVR auf die Klimaauswirkungen geprüft werden

Die XXL-Koalition hat in der letzten Verbandsversammlung einen Antrag für eine „Klimaoffensive.Ruhr“ eingebracht. Danach sollten vor allem die vielfältigen Aktivitäten des Verbandes besser gebündelt und öffentlich gemacht werden. Einen „Klimabericht Ruhr“ gibt es immerhin schon.

Der Fraktion DIE LINKE ging dieser Antrag nicht weit genug. Wir haben deshalb beantragt, die Verwaltung darauf zu verpflichten, zukünftig bei allen Vorlagen zu Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima zu prüfen und darzustellen. Klimafreundliche Alternativen sind zu prüfen und zu bevorzugen. Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte von der XXL-Koalition übernommen, so dass ein gemeinsamer Antrag zustande kam, der in der so geänderten Form mit breiter Mehrheit angenommen wurde. Nur die rechtsradikalen Klimawandel-Leugner von der AfD lehnten ab – wen wundert es ...

Eines der Hauptthemen: Die Aufstellung des neuen Regionalplans Ruhr



Bis Ende Februar sind beim Verband ca. 5000 Stellungnahmen zum Regionalplanentwurf eingegangen. Fast die Hälfte der Anregungen beziehen sich auf die Ausweisung von Flächen für den Kiesabbau, 700 auf die Ausweisung Regionaler Kooperationsstandorte (Gewerbeflächen in einzelnen Kommunen, die regional entwickelt werden sollen).

Im Zuge der Auseinandersetzung mit den Stellungnahmen haben wir uns mit Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen bzw. linken Rats- und Kreisratsfraktionen ausgetauscht, die uns ihre Stellungnahmen gesendet haben.

Der anvisierte Zeitplan für den Aufstellungsbeschluss sieht vor, dass dieser nach gründlicher Abwägung aller Einwände noch vor der Direktwahl im September 2020 gefasst werden soll.

Graphik RVR

Die Einhaltung dieser Zeitschiene ist notwendig, denn die Kommunen im Ruhrgebiet brauchen endlich Planungssicherheit! Nur so können die neu ausgewiesenen Gebiete für Wohnen, Gewerbe, Freizeit und Erholung endlich entwickelt werden. Das setzt voraus, dass

- die CDU endlich bereit ist, den Prozess konstruktiver zu begleiten, ihre Verschiebetaktik aufgibt und sich von dem Argument trennt: „Entwicklung ist nur über die Neuausweisung von mehr Flächen für Gewerbe möglich!“. Das Argument, gehört für uns endlich vom Tisch, denn der Regionalplan weist bereits jetzt mehr Flächen dafür aus.

- unsere Forderung nach Aufstockung der Planstellen in dem Bereich Planung endlich mehrheitlich mitgetragen wird und man das Land in die Pflicht nimmt, entsprechende Mittel bereitzustellen.
- die Politik im RVR endlich eine eigene Position zum Kiesabbau im Kreis Wesel bezieht.

In der Verbandsversammlung im Juni wäre es möglich gewesen, ein klares Signal nach Düsseldorf zu senden, dass der RVR sich hinter den Niederrheinappell, hinter die Forderungen der Bürgerinitiativen zum Kiesabbau stellt. Diese fordern ein Ende des Raubbaus an der Natur und lehnen eine Verlängerung der Versorgungszeiträume im Landesentwicklungsplan um weitere 5 Jahre – wie die Landesregierung das will – ab.

Die Fraktion DIE LINKE hatte im Juni den Antrag eingebracht: Die Verwaltung soll sich bereits im Vorfeld der Landesentscheidung mit dem Kreis Wesel und den kreisangehörigen Kommunen über den Weg eines Normenkontrollverfahrens gegen das Land NRW verständigen. Diese Chance hat die XXL-Koalition vertan: Nur die Piraten haben unserem Antrag zugestimmt. Auch die Grünen stimmten dagegen, die im Kreis Wesel massiv Front gegen die Ausweitung des Kiesabbaus machen. Die Grundlage für die Forderung nach einem Normenkontrollverfahren liefert ein Rechtsgutachten, das zu dem Schluss kommt, dass die Methode zur Bedarfsermittlung (jährliche Abgrabungsmengen der Kiesindustrie) und zur Festlegung von Versorgungszeiträumen nicht in Ordnung ist.

Vor Ort spitzen CDU, SPD und Grüne die Münder, empören sich über die Entscheidungen auf Landesebene und die Folgen des Kiesabbaus. Wenn dann die Möglichkeit besteht, im Ruhrparlament eine Änderung hierzu auf den Weg zu bringen, vergessen Sie zu pfeifen.

Nun hat die Landesregierung zwischenzeitlich die Änderung des Landesentwicklungsplans beschlossen. Der RVR ist damit in der Pflicht, ca. 300 ha mehr an Abgrabungsfläche im Regionalplan auszuweisen. Für uns sind die Entscheidungen der Politik im RVR und im Land ein Unding, gerade jetzt, wo die Frage des Bodenschutzes immer mehr an Bedeutung gewinnt. Interessant ist, dass nun der Landrat des Kreises Wesel, Ansgar Müller (SPD), eine Klage des Kreises und von vier Gemeinden angekündigt hat. In der Verbandsversammlung stimmte er noch gegen unseren Antrag ...

Aus der Fraktionsarbeit im Verband

- **Übernahme von Halden und Waldflächen der Ruhrkohle durch den Regionalverband Ruhr – RAG an Folgekosten beteiligen!**

Nach intensiver Auseinandersetzung mit den Risiken und Potenzialen eines Ankaufs der Waldflächen von der RAG durch den RVR, der Bewertung der Antworten der Verwaltung auf unsere Anfrage zur Erfassung von Bodenbelastungen, haben wir dem Ankauf zugestimmt. Uns ist hierbei vor allem die ökologische Aufwertung der Wälder, deren Nutzung für Freizeit und Erholung sowie die Stärkung des RVR als größter kommunaler Waldbesitzer wichtig.

Zum Erwerb von Haldenflächen gibt es keinen neuen Sachstand. Bei einem Vor-Ort-Termin im Juni mit der Bürgerinitiative Marl-Brinkfortsheide erörterten wir zusammen mit Mitgliedern der linken Ratsfraktion in Marl die Risiken der Entwicklung der Halde Brinkfortsheide als Deponiestandort.

- **Regionalplanänderungsverfahren für drei ehemalige Bergbaustandorte ausgesetzt**

Für die drei ehemaligen Bergbaustandorte auf dem Gebiet der Städte Datteln (Blumenthal/Haard) und Haltern am See (Auguste Viktoria Schacht IX und Blumenthal/Haard, Schacht Haltern I/II) bleibt der Status Quo erst einmal erhalten. Ausschlaggebend für die Zustimmung zu einem Antrag der XXL-Koalition (CDU, SPD und Grünen) war für uns, dass noch nicht klar ist, ob die RAG die Standorte zur Grubenwassersicherung- und -aufbereitung noch benötigt.

Außerdem läuft für den Standort Blumenthal/Haard (Haltern am See) ein Prüfverfahren des Landes zur Ansiedlung einer forensischen Klinik. Mit der Darstellung der Fläche als Wald, wie durch die FDP beantragt, wäre die Ansiedlung verhindert worden. Dabei gibt es den Bedarf für neue Einrichtungen in dieser Region.

- **Investitionen in die Revierparks – nachhaltige Umsetzung des Konzeptes „Revierparks 2020“ notwendig**

im März hat die Fraktion beantragt, dass die Investitionsmittel aus dem Sondertopf in Höhe von 1,2 Mio. Euro nur den Freizeitgesellschaften Mattlerbusch, Vonderorth, Nienhausen und Kemnade und Gysenberg zur Verfügung stehen sollen. Damit wollten wir erreichen, dass die Verbandsversammlung ein Zeichen gegenüber der

Stadt Dortmund setzt. Sie schweigt sich seit drei Jahren darüber aus, ob und wie der Revierpark Wischlingen mit der neuen Betreibergesellschaft zusammenarbeiten soll. Unser Antrag wurde abgelehnt.

Bei der Realisierung des Konzeptes „Revierparks 2020“ steht die Umsetzung der Vorschläge der Nutzer*innen im Fokus unserer Arbeit. Dies sind unter anderem der Fortbestand der Saline in Mattlerbusch, die Pflege der Anlagen nach einheitlichen Pflegestandards, die Umsetzung ökologischer Maßnahmen oder die Beschäftigung von ausreichend Personal in der Parkpflege. Auch hier haben wir eine Ausschüttung für Dortmund abgelehnt.

- **Ruhrkonferenz, das Prestigeprojekt der schwarz-gelben Landesregierung – unsere Forderung: Politik des Verbandes auf Augenhöhe bei der Ruhrkonferenz beteiligen!**

Zwar hatte im September letzten Jahres der Ministerpräsident Armin Laschet erklärt, dass er die Politik im Verband für diesen Prozess wichtig findet. Aber eine Einbindung in die Themenforen erfolgte bis dato nicht, nur ein Verweis auf die Online-Plattform. Um eine Beteiligung auf Augenhöhe zu erreichen, hat die Fraktion DIE LINKE das Thema erneut auf die Tagesordnung der Verbandsversammlung im März setzen lassen und einen entsprechenden Antrag zur Einbindung der Politik eingebracht. Der Antrag ist nicht mehr abgestimmt worden, nachdem die Regionaldirektorin darauf verwies, dass sie bereits einen entsprechenden Brief an das Land geschrieben hat und es Signale aus Düsseldorf zur Beteiligung des RVR gäbe. An den drei Konferenzen zu Flächenfragen und zum Thema Mobilität wurden die Fraktionen im RVR dann auch beteiligt.

Auf der Fraktionsklausur im Juni haben wir uns zu den Forderungen an die Ruhrkonferenz mit Mark Rosendahl, Geschäftsführer DGB-Region Emscher-Lippe ausgetauscht. Themen wie Altschulden, Arbeitsplatzsicherung, Beseitigung der Armut, Folgen der Arbeit 4.0 u.a. standen im Mittelpunkt der sehr interessanten Diskussion. Den Austausch setzen wir fort.

- **Die Gründung der Durchführungsgesellschaft zur Umsetzung der Internationalen Gartenschau 2027 im Ruhrgebiet kann erfolgen – LINKE im Aufsichtsrat vertreten**

Die Vorbereitung der IGA 2027 geht nun in die nächste Phase. Wenn die Städte Dortmund, Gelsenkirchen und Duisburg der Gründung einer Durchführungsgesellschaft zustimmen, kann die Vorbereitung, Planung und Durchführung der IGA 2027 beginnen. Weitere Aufgaben der Gesellschaft werden die Erarbeitung von Vorschlägen zur Nutzung der Flächen nach der Beendigung der IGA und die spätere Abwicklung der Gesellschaft bis 2029 sein. Die Fraktion hat dem weiteren Vorgehen zugestimmt. Im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft wird bis zum Ende der Legislatur Udo Gabriel die Fraktion vertreten.

- **Regionales Radwegenetz soll alltagstauglicher werden**

Mit der Annahme des Bedarfsplans für das Alltagsradwegenetz im Ruhrgebiet durch die Verbandsversammlung im Juni soll die Verwaltung nun in Gesprächen mit dem Land, dem Bund und der EU die Umsetzung und Finanzierung des Radwegenetzes vorantreiben.

Die Fraktion DIE LINKE hat dazu beantragt, die RAG-Trasse zwischen Bottrop und Gladbeck sowie die Route Gleisharfe, eine Verbindung zwischen Bottrop-Gladbeck-Gelsenkirchen ebenfalls in dieses Streckennetz aufzunehmen. Der Antrag wurde abgelehnt. Diese beiden Trassen werden nun bezüglich der Aufnahme in das Regionale Freizeitradwegenetz geprüft.

Für uns ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die Radtrassen für den Alltagsradverkehr, wie von uns seit längerem gefordert, stärker zu erschließen. Ein weiterer Schritt muss folgen, der den Verband zum ersten Ansprechpartner für Planung, Bau, Unterhaltung und Pflege des Regionalen Radwegenetzes macht. Hierzu hatten wir zum Haushalt 2019 die Schaffung eines Kompetenzzentrum Radverkehr beantragt, was die XXL-Koalition abgelehnt hat.

- **Städtebauförderung transparenter machen – Mitwirkung an Entscheidungen stärken**

Die Verbandsversammlung beschließt über die von den Bezirksregierungen Arnsberg, Düsseldorf und Arnberg vorgelegten Vorschläge der Kommunen zur Beantragung von Städtebaufördermitteln beim Land. Beim Vergleich des Zahlenwerkes fällt auf, dass es bei der Verteilung der Mittel pro Kopf ein drastisches Gefälle gibt. Gerade im Sonderförderprogramm ‚Investitionspakt Soziale Integration im Quartier‘ ist es nicht erklärbar, warum das Ruhrgebiet trotz des größeren Bevölkerungsanteils anteilig deutlich weniger Gelder bekommt, als die Kommunen außerhalb des Verbandsgebietes. So haben die drei Verwaltungen in diesem Programm Förderanträge in einem

Gesamtvolumen in Höhe von 35,322 Millionen Euro zur Förderung durch das Land vorgeschlagen. Davon entfallen gerade mal 6,6 Millionen Euro auf das Ruhrgebiet. Dabei leben hier 44 % der 11,4 Millionen Menschen, die in den drei Regierungsbezirken.

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hat deshalb einen Antrag zur frühzeitigeren Einbindung der politischen Gremien des RVR und für mehr Transparenz bei der Darstellung der Priorisierung zur Vergabe von Städtebaufördermitteln eingebracht. Dieser ist einstimmig angenommen worden.

Fraktionsarbeit vor Ort ...

Im Vorfeld der Europawahl fand am 28. März 2019 die Diskussionsveranstaltung zum Einfluss der europäischen Regional- und Strukturförderung auf die Entwicklung der Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet statt. Zusammen mit Martina Michels (MdEP) und Michael Schwarze-Rodrian (Leiter des Referates für Referates Europäische und regionale Netzwerke beim RVR) sowie Martina Ammann-Hilberath (Vorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg) diskutierten wir, was sich an der Förderpolitik in Brüssel aber auch in Berlin und Düsseldorf aus linker Sicht ändern muss und wie man diesen Forderungen auf der Ebene der Kommune und des RVR Gehör verschaffen kann.

Bei den Themen in den Ausschüssen, die Rats- oder Kreistagsfraktionen betreffen, haben wir vor einer Entscheidung in der Verbandsversammlung wieder den Kontakt zu den jeweiligen Fraktionen gesucht. So haben wir uns u.a. über die Weiterentwicklung des Regionalen Radwegenetzes mit den Fraktionen in Dortmund, Gladbeck, Oberhausen, Bochum, Lünen, Bergkamen und Essen ausgetauscht.

Fraktionsvorstand auf der Klausur der Fraktion neu gewählt ...

Hauptthemen der Klausurtagung der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) im Juni Landschaftspark in Duisburg-Meiderich waren neben der Ruhr-Konferenz des Landes, die Schwerpunkte der Arbeit der Fraktion DIE LINKE im RVR bis 2020 und die dann anstehende Direktwahl der Verbandsversammlung.

Dem auf der Klausur gewählten Fraktionsvorstand gehören für den Rest der Legislaturperiode bis November 2020 Wolfgang Freye (Fraktionsvorsitzender), Eleonore Lubitz (KoVorsitzende) sowie als weitere Mitglieder Fatma Karacakurtoglu und Olaf Jung an.

Weitere, ausführlichere Informationen, alle Anträge, Anfragen, Reden und Pressemitteilungen sind auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de> veröffentlicht. Neu: DIE LINKE im RVR auch bei Facebook unter <https://www.facebook.com/DieLinke.RVR/>

Essen, 20.8.2019 - Wolfgang Freye, Heike Kretschmer, Fraktion DIE LINKE im RVR